

**Antrag
auf Gewährung einer Zuwendung von PROvention
zur Vorbeugung und Bekämpfung von religiös motiviertem Extremismus
in Schleswig Holstein**

Landeskoordinierungsstelle gegen
religiös begründeten Extremismus
Tobias Meilicke
MIB/Rat für Kriminalitätsverhütung
**Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel**

Telefon: (0431) 988 3151
Fax: (0431) 988 614 3156
E-mail: provention@tgsh.de

1 Antragsteller_in

Träger, Institution, Name:	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort):	
Bankverbindung (Geldinstitut, Bankleitzahl, Kontonummer):	
Auskunft erteilt:	Telefon: Fax: E-Mail:

2 Angaben zum Vorhaben

Projektbezeichnung:
Erstantrag Folgeantrag, Angabe der Projektnummer:

Hauptthematik:	Ausstiegsberatung	Prävention
	Jugendarbeit	Netzwerkarbeit
	Demokratieförderung	Extremismus/Salafismus
	Islamophobie	Sonstiges

(bitte nur eine Thematik ankreuzen)

2.1 Ausführliche Projektbeschreibung in einer Anlage mit folgenden Angaben darstellen:

- Kurzdarstellung
- Zielsetzung
- Art der Aktivitäten und Anzahl der Teilnehmer
- Ort des Projektes
- Beginn und Abschluss des Projektes
- gegebenenfalls Aussagen zu aktuellen Vorkommnissen vor dem Hintergrund des religiös motivierten Extremismus
- gegebenenfalls Nachweis über die fachspezifische Qualifikation des Projektbetreuers oder Trainers

3 Finanzierung

Gesamtausgaben lt. beiliegendem Finanzierungsplan	_____ EUR
---	-----------

Hinweis: Wenn der Antragsteller_in für diese Vorhaben zum Vorsteuerabzug
berechtigt ist, sind hier die Ausgaben ohne Umsatzsteuer anzugeben.

4 Beantragte Zuwendung

Zu den Gesamtausgaben wird hiermit eine Zuwendung in Höhe von _____ EUR
(_____ % der Gesamtkosten) beantragt.

5 Beantragter Projektzeitraum (Bevolligungszeitraum)

vom _____ bis _____

6 **Der/Die Antragsteller_in erklärt**, dass er für dieses Vorhaben zum Vorsteuerabzug gemäß § 15 des Umsatzsteuergesetzes () berechtigt () nicht berechtigt ist.

7 Die Gesamtausgaben (nicht projektbezogen) der Antragstellerin bzw. des Antragstellers werden/werden nicht zu mehr als 50 v.H. aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert.

8 **Als Anlagen fügt der Antragsteller_in bei:**

- Projektbeschreibung (vgl. Nummer 2.1)
- Ggf. Satzung, Vereinsregisterauszug und Anerkennung der Gemeinnützigkeit
- Ggf. Stellungnahme des Kommunalen Präventionsrates

9 Hiermit wird versichert, dass durch die Realisierung des Vorhabens keine Folgekosten entstehen, die durch das Land Schleswig-Holstein getragen werden müssen.

10 Die Notwendigkeit der aufgeführten Ansätze zur Vorhabenrealisierung sowie die Ermittlung der Ansätze nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit werden hiermit bestätigt.

11 Die vorstehenden Angaben sind richtig und vollständig. Die Kenntnis der benannten Förderrichtlinie wird bestätigt.

12 Es wird erklärt, dass mit der Maßnahme **noch nicht begonnen** wurde und auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides begonnen wird.

13 Nach § 2 Abs. 3 in Verbindung mit § 5 des am 28. Dezember 2013 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetzes (GVObI. Schl.-H. S. 404) gewährt das Land Schleswig-Holstein Zuwendungen nach der Landeshaushaltsordnung nur, wenn die Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn von 9,18 Euro (brutto) pro Zeitstunde zahlen.

Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer im Sinne des Landesmindestlohngesetzes ist, wer sich durch einen privatrechtlichen Vertrag verpflichtet hat, in sozialversicherungsrechtlicher Form oder als geringfügig Beschäftigte oder Beschäftigter gegen Entgelt Dienste zu leisten, die in unselbständiger Arbeit im Inland zu erbringen sind.

Hingegen gelten Auszubildende, Umschülerinnen und Umschüler nach dem Berufsbildungsgesetz, Personen, die in Verfolgung ihres Ausbildungsziels eine praktische Tätigkeit nachweisen müssen, nicht als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer. Ebenfalls fallen Personen in einem arbeitnehmerähnlichen Verhältnis nach § 138 Abs. 1 SGB IX nicht unter den Arbeitnehmerbegriff. Dementsprechend verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, meinen/unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Inland für die Dauer des Bewilligungszeitraumes mindestens 9,18 Euro (brutto) pro Zeitstunde zu zahlen.

In meinem/unseren Unternehmen kommt kein Tarifvertrag/folgender Tarifvertrag zur Anwendung: ...“

Name, Vorname
(in Druckschrift)

Rechtsverbindliche Unterschrift
(gemäß Vereinsunterlagen,
Geschäftsführung etc.)

Ort, Datum

1.2 Aufstellung zur Finanzierung der Maßnahme

1.2.1 Eigenanteil

Hinweis: Auch die Verwendung des Eigenanteiles muss durch prüffähige Unterlagen belegbar sein.

Einnahmen/Erlöse aus der Maßnahme EUR
Eigenanteil des Trägers EUR

1.2.2 Öffentliche Zuwendungen

Für die Maßnahme wurden bereits folgende weitere Zuwendungen beantragt bzw. bewilligt. Bereits bewilligte oder in Aussicht gestellte Beträge sind mit einem * zu kennzeichnen.

Zuschuss der Gemeinde/Stadt EUR
sonstige öffentliche Zuwendungen (Zuwendungen für denselben Zweck von mehreren Stellen des Landes sind nicht zu berücksichtigen) EUR

1.2.3 Beiträge oder andere Finanzierungsanteile Dritter

(z. B. Stiftung, Sponsoring, Spenden (auch Sachspenden):

..... EUR

1.2.4 Fehlbedarf (Zuwendung des Rates für Kriminalitätsverhütung S-H)

..... EUR

Finanzierung zusammen

_____ **EUR**